

> GEMEINSAME OBERSTUFE UNDERCHLÄGGI

Das Projekt GOSU schreitet zügig voran

Am Dienstag trafen sich Delegierten der GOSU (Gemeinsame Oberstufe Underchläggi) zur zweiten Versammlung im Gemeindehaus in Hallau.

Hallau An der Versammlung anwesend waren neben den Delegierten auch Mitglieder der Verbandsschulbehörde (VSB) und Gäste wie Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und Behördenmitglieder aus den Verbands- sowie Anschlussgemeinden.

Informationen aus der Verbandsschulbehörde

Nach der Begrüssung durch den Präsidenten der Delegiertenversammlung, Daniel Stauffer, überbrachte Guido Meier Informationen aus der VSB, welche er als Präsident führt. Er berichtete, dass die letzten Sitzungen vom Aufbau der Verbandsstrukturen und der Etablierung der einzelnen Ressorts geprägt waren. Durch verschiedene personelle Wechsel fehlte die Kontinuität und Meier hoffte, dass die Behörde nun für eine längere Periode komplett ist. Als eine grosse Herausforderung beschrieb Meier unter anderen die Zusammenführung der Oberstufen Hallau, Neunkirch und Wilchingen: drei Schulen – drei Kulturen. Zudem geht es um das pädagogische Konzept der GOSU, welches mit dem «Bottom up»-Ansatz durch die Lehrerschaft und die Schulleitungen erarbeitet wird. Das bedeutet, dass das Beste aus drei Schulkulturen und neue Ideen zu einem Gesamtkonzept aufgebaut werden, inklusive des Projekts der Modellschule für Begabungs- und Begabtenförderung (der «Klettgauer Bote» berichtete).

Die Koordination der drei heutigen Kreisschulen für das erste Schuljahr 2023/2024 im gemeinsamen Schulkreis erforderte entsprechende Ressourcen. Mit

der Aufstockung des Pensums auf 80 Prozent übernimmt Christian Bach, Schulleiter aus Hallau, diese Aufgabe.

Im Juni wurde der Projektvorschlag «Siegfried & Roy» für das neue Schulhaus ausgewählt und die Bevölkerung hatte Gelegenheit, die Pläne und das Modell anzuschauen.

Ausblick und Finanzen

Im Ausblick auf die kommende Zeit sieht Guido Meier den gemeinsamen Schulbetrieb ab dem Jahr 2023 an drei Standorten als Herausforderung. Dazu kommt, dass aufgrund des Lehrermangels bereits im laufenden Schuljahr gemeindeübergreifende Klassenzusammenlegungen gemacht werden mussten. Dies und vieles mehr ist für die Verantwortlichen des Zweckverbands sehr arbeitsintensiv und da die Ressourcen der Milizbehörde begrenzt sind, ist die Projektbegleitung durch Spezialisten unabdingbar.

Neunkirchs Finanzreferent Christian Schütz präsentierte das Budget für das kommende Jahr und den Finanzplan bis 2027, welchen die Delegierten zustimmten. Da der Präsident der Baukommission, Stephan Gasser, an diesem Abend verhindert war, übernahm Guido Meier seinen Part. Nachdem das Projekt für das neue Schulhaus in Neunkirch ausgewählt wurde, geht es an die Detailplanung des Bauwerks, das in einen Kostenrahmen von 28 Millionen Franken eingebettet ist (davon übernimmt der Kanton voraussichtlich rund 25 Prozent). Über das Bauprojekt wird an den Gemeindeversammlungen vom 13. April 2023 abgestimmt. Bis dahin wird regelmässig informiert, so dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der drei Gemeinden eine gute Grundlage haben, über dieses Geschäft abzustimmen.

Wer mehr über GOSU erfahren möchte, kann sich auf der Website www.gosu.ch jederzeit informieren. (sim)

> REBBAUGENOSSENSCHAFT HALLAU/OBERHALLAU

Der «Herbst» beginnt schon im Spätsommer

Die vielen Sonnentage dieses Sommers haben dazu geführt, dass der «Herbst» in diesem Jahr schon rund zwei Wochen früher startet als sonst.

Hallau Am vergangenen Montag lud die Rebbaugenossenschaft Hallau/Oberhallau zur Herbstversammlung ins Gemeindehaus in Hallau ein. Der Präsident Markus Hallauer zeigte in seiner Einleitung ein Bild eines Rebbergs in den USA, das die Trockenheit zeigte, die dort noch um einiges schlimmer ist als in unseren Gefilden. Und obwohl auch das Rebjahr bei uns von der Trockenheit geprägt ist, sieht es in den Reben aktuell sehr schön aus. Die Trauben sind gesund und der Behang ist gut.

Nachdem das Protokoll der Hauptversammlung genehmigt wurde, ging es darum die Werbebeiträge (je 2,5 Prozent für Handel und Produzent) und die unveränderte Mindestgradation und die Höchstmengen zur Kenntnis zu nehmen. Mauricio De Almeida berichtete, dass der Befall des Traubenwicklers in diesem Jahr sehr gering war und dass auch im nächsten Jahr mit den bereits bekannten Ampullen verwirrt wird. Die Technik mit den Ampullen gegen den Traubenwickler hat sich bewährt und der Vorstand ist sich einig, dass für diese biologische Weise gegen ein Insekt vorzugehen, auch Werbung gemacht werden darf. Ein Versammlungsteilnehmer stellte der Versammlung den Antrag, sich bei den Kellereien für einen höheren Traubenpreis einzusetzen, da sich aufgrund des Krieges in der Ukraine die Produktionskosten erhöht haben. Philippe Brühlmann von der GVS Weinkellerei und auch Lukas Andres von der Rimuss & Strada Wein AG entgegneten, dass auch in den Kellereien die Produktionskosten zunehmen und der Detailhandel sehr fragil reagiere «Wir müssen gemeinsam das



Die Trauben im Rebberg geben Grund zur Freude.

(Bild: sim)

Beste herausholen», konstatierte Lukas Andres. Und auch Philippe Brühlmann erklärte, dass sich das Preisgefüge am Markt schnell und immer wieder verändert. Markus Hallauer als Präsident der Genossenschaft machte klar, dass es in den Statuten nicht vorgesehen sei, mit den Kellereien Verhandlungen aufzunehmen. Das Anliegen kann aber in den Weinkellereien platziert werden.

Nach der Diskussion wurde über den Antrag abgestimmt, der aber nur sechs Personen ein Ja entlockte, der Rest der 29 Anwesenden enthielt sich.

Stand der Reben, Traubenhut und Herbstbeginn

Rebbauberater Maurice Bersier gab die aktuell gemessenen Oechslegrade bekannt, die beim Blauburgunder 63, beim Cabernet Dorsa bei 67 und bei Rieslings-Silvaner bei 65 Grad liegen. Bersier empfiehlt, vor allem bei Parzellen, die an Hecken grenzen, die Fallen gegen Kirschesfliegen (KEF) aufzuhängen. Aktuell sind die KEF erst in geringer Anzahl im Rebberg. Falls sie bei hohem Befall zum Problem werden, rät der Rebbauberater, die Reben mit Kaolin zu behandeln, was auch gegen die Wespen

wirkt, die zahlreich im Rebberg unterwegs sind. Die besten Fallen gegen die Wespen sind Pet-Flaschen, angebracht am Rand des Rebbergs, gefüllt mit einer Mischung aus Zucker, Essig, Bier, Traubensaft, Wasser und Waschmittel.

Ansonsten zeigte sich Maurice Bersier sehr erfreut über den aktuellen Stand der Reben: «Es sieht sehr schön aus im Rebberg.» Dass der schöne Behang, der vielversprechend ist, auch in die Kellereien gelangt, braucht es auch in diesem Jahr Traubenhüterinnen und -hüter, die gegen die Vogelschwärme vorgehen. Wer sich gerne für die Traubenhut melden möchte, darf sich bei Andrea Bringolf, Markus Hallauer oder Hanspeter Neukomm melden.

Lukas Andres, Philippe Brühlmann und Mauricio De Almeida (Ruthishauser-Divino SA) freuen sich auf den «Herbst» und rechnen damit, dass es in der Woche vom 8. bis 12. September losgehen wird.

Änderung im Vorstand

Markus Hallauer informierte, dass Michael Enderli aus Oberhallau künftig die Aufgabe des langjährigen Vorstandmitglieds Hans Eggimann übernimmt und stellte Lukas Roth als neuen Aktuar vor. (sim)

> ABSTIMMUNG «KEINE KRANASSENPRÄMIEN FÜR KINDER» VOM 25. SEPTEMBER

Breites politisches Spektrum hinter einer Initiative

Der Gewerkschaftsbund Schaffhausen (GBS) lud zu einer Medienorientierung zur Initiative «Keine Krankenkassenprämien für Kinder» ein. Die befürwortenden Parteivertreterinnen und -vertreter bilden ein breites politisches Spektrum.



Das Pro-Komitee (von links): Christian Heydecker, Linda De Ventura, Markus Schärler, Luka Vojinovic und Matthias Frick. (Bild: NMB)

Schaffhausen Im «Meetingpoint» auf dem Herrenacker wurden die Medienvertreterinnen und Medienvertreter von Linda De Ventura, Kantonsrätin SP, Christian Heydecker, Kantonsrat FDP, Markus Schärler, ehemaliger Leiter des Gesundheitsamtes, Luka Vojinovic, Kantonalpräsident «Die Mitte» und Matthias Frick, Sekretär GBS, begrüsst.

Matthias Frick beschrieb den langen Weg, den die Initiative bisher hinter sich hat. Bereits 2017 habe man den Auftrag dazu an der Generalversammlung des GBS gefasst und 2018 erste Entwürfe besprochen. Nachdem man eine Revision des kantonalen Rechts abwarten musste und die Pandemie ausbrach, verzögerte sich der Prozess weiter. Am 1. Mai 2021 startete die Unterschriftensammlung und bereits im Oktober wurde die Initiative eingereicht, die nun am 25. September vors Volk kommt. Es geht darum, dass die Krankenkassenprämien für Kinder

im Kanton Schaffhausen abgeschafft werden sollen. Dabei kann der GBS auf die Unterstützung verschiedener Parteien bauen, die in unterschiedlichen politischen Lagern angesiedelt sind.

Einen der Gründe für die vielseitige Zustimmung erkenne man in der einfachen Ausgestaltung der Initiative, die Botschaft sei klar. Zudem habe man bewusst auf einen Ausschluss der obersten Einkommenskategorie verzichtet, dieser Entscheid sei lange diskutiert worden, man stehe aber weiterhin dahinter. «Wenn wir als GBS etwas als Service public definieren wollen, und das wollen wir, dann muss es für alle sein, restlos, auch für die Personen mit höherem Einkommen. Es freut uns natürlich, dass wir im bürgerlichen Lager Abwehrreflexe gegen Ideen der linken Küche überwinden konnten, und das funktioniert wahrscheinlich nur, weil Christian Heydecker, ein Aushängeschild der FDP, diese Entwicklungen im Kantonsrat auch öffent-

lich machte. So war es auch möglich, dass andere sich nochmals gedanklich mit der Initiative befasst haben und dann wirklich eine Haltung einnehmen konnten», führte Frick aus.

8,5 Millionen Franken Mehrkosten

Christian Heydecker bestätigte diese Haltungsänderung: «Ich gebe es zu, ich war am Anfang gegen die Initiative. Der Grund war klar: falscher Absender. Ich habe mich auch so in der Kommission geäussert, mich aber im Nachgang der Kommissionssitzung vertieft mit dem Thema befasst und ich musste eine Neubeurteilung vornehmen.» Mit dieser Initiative würden zielgenau und ohne Streuverlust die gut, sehr gut und sehr sehr gut verdienenden Eltern entlastet und man begegne zudem der Überalterung des Kantons. Wohl auch um den Argumenten der Gegner entgegenzuwirken, ergänzte die SP-Kantonsrätin Linda De Ventura später, dass alle Familien entlastet werden, nicht nur die Einkommensstärksten, und skizzierte ein Beispiel einer Familie, die mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von rund 9500 Franken bereits keinen Anspruch auf Prämienverbilligung mehr habe, bei den Kinderkrippen die vollen Tarife zahle und sonst auch keine Subventionen erhalte. Den grössten Effekt habe die Initiative beim Mittelstand.

Die Tatsache, dass sich die aus der Initiative resultierenden Mehrkosten auf rund 8,5 Millionen Franken belaufen, davon 5,5 Millionen Franken an die Gemeinden, liess Heydecker ebenfalls nicht

unerwähnt: «Bekanntermassen schwimmt der Kanton im Geld. Wir können uns dies sicher leisten auf kantonaler Ebene, aber auch die Gemeinden sind sehr gut unterwegs.» Es komme dazu, dass zwei überwiesene verbindliche Aufträge an den Regierungsrat pendent seien, die dazu führen, dass die Gemeinden im Bereich der individuellen Prämienverbilligungen (IPV) entlastet werden. Einerseits gehe es da um eine Reduktion der Richtprämien und, der zweite Vorstoss verlange eine andere Verteilung der Kosten, dass also der Kanton mehr an die IPV zahlen müsse, als er es momentan tue, zur Entlastung der Gemeinden.

Familienpolitik als Standortförderung

Bei ihren Ausführungen ging Linda De Ventura hauptsächlich auf die Standortförderung ein, ein Aspekt der Initiative, der der Überalterung im Kanton entgegenwirken soll. Anstelle von teuren Kampagnen, Slogans und Werbung soll etwas angeboten werden, das Ausstrahlungskraft und ein Alleinstellungsmerkmal habe. «Es wäre eine Gelegenheit, die man packen könnte. um zu sagen: Wir sind der einzige Kanton, wo Kinder keine Krankenkasse zahlen. Das kann man meiner Meinung nach verkaufen, so kann man Standortförderung machen, das ist etwas Konkretes und nicht nur ein schöner Satz», so die SP-Vertreterin. Man verspricht sich davon einen grossen Schritt in Sachen Familienpolitik, der junge Familien in Schaffhausen vom Verbleib

überzeugt und neue anlockt. Denn in dieser Angelegenheit hinke man, laut Markus Schärler, dem ehemaligen Leiter des Gesundheitsamtes Schaffhausen, hinterher. Die Schweiz konzentrierte sich mehr auf die ältere Generation, Rente, Ergänzungsleistungen, Pflege und Spitex. «Die jungen Personen unter 40 zahlen mehr als die Hälfte von ihren Prämien für die Grosseltern. Menschen im AHV-Alter zahlen mit ihren Prämien nicht einmal die Hälfte ihrer Kosten. Es ist also ein riesiger Berg, der von den Jungen zu den Alten verschoben wird. Die jungen Familien sind überlastet, weil sie für drei Generationen zahlen müssen, für sich, für ihre Kinder und die Grosseltern», erklärte Schärler. Das sei das Motiv, warum man ein Gegengewicht geben wolle, es sei ein Zeichen, dass man ein besonders familienfreundlicher Kanton sei.

Gemäss Linda De Ventura haben FDP, GLP und SP definitiv die «Ja-Parole» beschlossen. Die Grünen beschlossen Stimmfreigabe. Die Parteiversammlung der Mitte finde noch statt, der anwesende Präsident Luka Vojinovic teilte ebenfalls bei der Medienorientierung seine Unterstützung mit, man sei also guter Dinge. Die junge SVP/EDU hat die Nein-Parole beschlossen. Es sei aber auch innerhalb dieser Parteien kontrovers diskutiert worden. Auch innerhalb der SVP gebe es prominente Personen, die gegenüber der Initiative nicht abgeneigt seien. Die Anwesenden liessen verlauten, dass sie gespannt seien auf die Parolenfassung der SVP. (NMB)